

Mittelstand fordert landesweit einheitliches Vergaberecht

Justizminister Goll in Haiterbach

HAITERBACH – Bürgermeister Hans-Jörg Henle und Karl Braun hatten Justizminister Ulrich Goll zum Gespräch in kleinem Kreis geladen.

Den Mittelstand treffen besonders die uneinheitlichen Regelungen im Vergaberecht.

Von Ingo Wetter

informatik@post.rrn.de

Europaweite Liberalisierung bei Auftragsvergaben der Öffentlichen Hand schaffe unterhalb bestimmter Grenzen nur höheren Aufwand. Siegfried Dreger von der Kreishandwerkerschaft in Freudenstadt unterstützt die Forderung nach mindestens landesweit einheitlichen Vergaberichtlinien. Goll räumte die hohe Komplexität des Vergaberechts ein und wies auf die Hinzuziehung von spezialisierten Kanzleien so-

gar in seinem Ministerium hin.

Weiter wies Braun auf den Schutz von Schädigern im Insolvenzrecht hin. Hier böten sich für Schwarze Schafe viele Möglichkeiten „Schulden zu Lasten kleinerer Betriebe abzuschütteln“.

Ein weiterer Punkt war die Resozialisierung Jugendlicher. Viele drohen wegen Perspektivlosigkeit in die Kriminalität abzurutschen. Dieter Maser betonte die Bereitschaft des regionalen Handwerks sich für die jungen Menschen zu engagieren, sie zu einem Ausbildungsabschluss zu führen. Goll gab die Widerstände des bereits beschlossenen Projekts in Altensteig zu bedenken. Hier hatte die Gemeinde ein hoffnungsvolles Projekt in letzter Minute verhindert. Siegfried Dreger thematisierte die Innere Sicherheit. In Freudenstadt könne man sich Abends und am Wochenende kaum noch

auf die Straße wagen. Die Polizei helfe zwar, doch ihre Tätigkeit und ausgesprochene Platzverweise verpuffen. Braun und Henle bestätigten dies und gaben ihrer Besorgnis Ausdruck, dass es auch in Haiterbach erste Anzeichen zunehmender Gewaltbereitschaft und massiven Vandalismusses gäbe. Minister Goll wies auf das Landesprogramm kommunaler Gewaltprävention hin. Es gelte positive Gelegenheiten sinnvoller Beschäftigung der sich offenbar langweilenden jungen Menschen zu schaffen und negative Gelegenheiten abzubauen. Maßnahmen seien die Loslösung ghettoähnlicher Wohnstrukturen und eine bessere Integration in vorhandene soziale Strukturen.

Der Minister sicherte den Anwesenden in allen Punkten sein Bemühen und Gespräche mit den Fachministern im Kabinett zu.